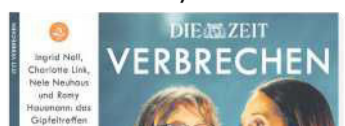


Die neue Ausgabe
jetzt gratis sichern!

www.zeit.de/zv-aktuell



DIE ZEIT



Social Media verbieten?

Schützt es Jugendliche wirklich, wenn man sie von Plattformen wie TikTok und Instagram verbannt oder ihnen das Handy wegnimmt? Ein Blick dorthin, wo bereits Verbote gelten, in Australien und auch in Deutschland WISSEN

Titelfoto: Louisa Stöckelbrück für DIE ZEIT

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Und raus bist du!

Die KI macht gerade einen Sprung nach vorn. Das muss die öffentliche Debatte endlich auch tun VON JAKOB VON LINDERN

Neue Technologien wirken oft wie Spielerei – bis sie plötzlich nützlich sind. Und dann mächtig. Digitale Fotos waren kleine Pixelhaufen auf klobigen Geräten. Bis sie so hochauflösend wurden, dass selbst Profis keine Filme mehr kauften. Einen solchen Kipppunkt hat gerade die künstliche Intelligenz überschritten.

Ausgerechnet das Programmieren, also den Job, den Eltern ihren Kindern wegen seiner Zukunftsfähigkeit empfohlen haben, kann die KI nun selbst erledigen. Eine knappe Anweisung reicht, und die KI macht die Arbeit, für die Programmierer Tage brauchten, in Minuten. Mitunter beauftragt schon die eine KI die andere. Ähnliche Systeme werden auch andere Dinge erledigen. In Callcentern ersetzt KI bereits Menschen. Aber auch die Arbeit von Rechtsanwälten kommt einem in den Sinn, von Unternehmensberatern, von Ärzten. Auch von Journalisten?

Sicher, die KI macht Fehler – aber die machen wir doch auch!

Wir bereiten uns als Gesellschaft nicht ausreichend darauf vor, was daraus folgt. Nicht etwa weil sich die KI bald wie im Science-Fiction-Film gegen die Menschheit erheben würde. Es bedarf keiner Warnung vor dem Maschinengott. Wohl aber davor, sich in eine selbst verschuldete Unmündigkeit zu begeben gegenüber einer Technologie – und denen, die sie verkaufen.

KI wird die Aufgaben in Kanzleien und Krankenhäusern noch lange nicht vollständig beherrschen, so wie sie auch heute Fehler beim Programmieren macht. Nur wird das die Unternehmen nicht daran hindern, sie einzusetzen, denn, wie wir alle wissen: Menschen machen halt auch Fehler. Seit Kurzem spielen einige deutsche Privatradios nachts für ein paar Stunden KI-generierte Musik. Nicht weil die so berührend klingt, sondern weil es billiger ist, als Gema-Gebühren für menschengemachte Lieder zu bezahlen.

Aus manchen Firmen berichten Mitarbeiter von Druck, schneller zu arbeiten, weil sie jetzt ja über KI-Tools verfügen. Arbeiter könnten in Zukunft nur noch überwachen, was die KI tut, aber am Ende für deren Fehler verantwortlich gemacht werden. Sie könnten ganz die Kontrolle verlieren. Berufsanfänger könnten gar nicht erst eingestellt werden, ganze Tätigkeitsfelder verschwinden.

Und auch ohne Massenarbeitslosigkeit kann eine Technologie zu niedrigeren Löhnen, zu sozialen Unruhen und politischer Instabilität führen, ähnlich wie bei der ersten industriellen Revolution.

Längst verbinden viele Menschen überwiegend Negatives mit KI. In den USA zeigen Umfragen, dass die Mehrheit überhaupt keine Lust auf sie hat. Dort schicken sich manche Demokraten an, als die Partei anzutreten, die diesen Ängsten und der Kritik an immer mächtigeren Techkonzernen Ausdruck verleiht.

Die deutsche Regierung bietet der Bevölkerung hingegen hauptsächlich an: Wir müssen aufhören. Und zu allen großen Fragen, die sich mit der KI verbinden: großes Schweigen.

KI kann in vielen Bereichen extrem hilfreich sein. In der Medizin, der Wissenschaft, der Verwaltung. Es ist richtig, dass in Deutschland und Europa mit neuer Dringlichkeit daran gearbeitet wird, hiesige KI-Systeme zu fördern und die entsprechende Infrastruktur zu bauen. Zumal in einer Zeit, in der es zum Wagnis wird, sich auf US-Unternehmen zu verlassen. Aber vor lauter Aufbruchstimmung droht aus dem Blick zu geraten, welche Welt wir uns damit erschaffen.

Unternehmer stellen KI gern als eine Art Welle dar, die unvermeidlich auf uns zurollt. Wer nicht untergehen will, muss jetzt schnell surfen lernen. Aber KI ist keine Naturgewalt. Sie wird von Menschen gemacht und verwendet, und wie das geschieht, kann Regeln unterliegen. Solche Regeln gibt es in Europa, sie sollen uns vor KI-Gefahren schützen. Nicht alle sind perfekt, doch es wäre ein Fehler, in ihnen nur ein Innovationshindernis zu sehen.

Vor allem aber muss man seine Zukunftsvisionen zu Ende denken. Wenn wir, wie Digitalminister Karsten Wildberger, davon überzeugt sind, mit KI eine erheblich bessere Zukunft bauen zu können, dann werkeln wir an einem Epochenbruch, der infrage stellt, was wir uns in den letzten 3.000 Jahren über Arbeit erzählt haben. Und dann braucht es ebenso epochale Überlegungen darüber, was Wirtschaften noch bedeutet. Man mag Ideen wie ein bedingungsloses Grundeinkommen oder eine Robotersteuer für naiv halten, aber dann muss man andere Antworten finden auf die Frage, wie ein neuer Gesellschaftsvertrag aussehen soll, der alle an den Vorteilen beteiligt. Wildberger sagte zuletzt, dass ihn solche Fragen umtrieben. Es ist höchste Zeit, dass die Regierung sie mit der gleichen Dringlichkeit angeht wie den Bau neuer Rechenzentren.

KAMPF GEGEN RAUSCHGIFT

Weiß wie Blut

In Mexiko explodiert die Gewalt der Drogenkartelle. Eine der Ursachen dafür findet sich direkt vor unserer Nase VON ANDREA BÖHM

Mexiko bietet gerade Bilder wie aus einem Bürgerkrieg. Schwer bewaffnete Mitglieder des mächtigsten Drogenkartells legten Anfang der Woche mit Brandstiftungen und Straßenblockaden zahlreiche Städte lahm. Eine Machtdemonstration, nachdem die Armee ihren Boss Nemesio Rubén Oseguera getötet hatte. Einheimische wie Touristen mussten sich in Wohnungen oder Hotels verschanzen, Schulen wurden geschlossen. »Das passiert, wenn du dich mit uns anlegst«, lautete die wohlkalkulierte Botschaft an den Staat. Wohlkalkuliert, weil das Kartell bei Weitem noch nicht die Gewalt entfesselt hat, zu der es in der Lage wäre.

Der Tod eines Drogenbosses durch Polizei oder Militär löst in Medien und Politik meist eine Reaktion des trotzigem Triumphes aus – als hätte der Staat endlich auf den Tisch gehauen und die Ordnung wiederhergestellt. Demonstrativ klopfte sich Mexikos Regierung unter Präsidentin Claudia Sheinbaum auf die Schulter. Ob sie den Einsatz gegen Oseguera zu diesem Zeitpunkt aus voller Überzeugung gebilligt hat, sei dahingestellt. Im Schatten der Irankrise ist untergegangen, das Donald Trump seit Wochen von militärischen Operationen der US-Armee gegen Drogenkartelle auf mexikanischem Boden redet. Dem ist Sheinbaum jetzt zuvorgekommen. Entsprechend zufrieden gratulierte das US-Außenministerium zu diesem Schlag im *war on drugs*: »Die guten Jungs sind stärker als die bösen Jungs – Glückwunsch.«

Wenn Kartellbosse getötet werden, wird es danach meist nur noch schlimmer

Nur gehen solche Sprüche völlig an der Realität vorbei. Denn der »Krieg gegen die Drogen« ist krachend gescheitert. Nach Hunderttausenden von Toten und horrenden Menschenrechtsverletzungen auch durch die Armee ist klar: Man kann den Drogenhandel nicht mit dem Mindest des Militärs bekämpfen. Gleiches gilt für die Strategie, Bosse von Kartellen auszuschalten. Meist füllen danach noch brutaleren Gruppen die Lücken, und die Gewalt steigt in Nachfolgekriegen. Genau das droht jetzt nach dem Tod von Oseguera.

Nun könnte man das im fernen, vermeintlich sicheren Europa unter »typisch Lateinamerika« abtun und sich allenfalls fragen, ob man Mexiko, den Co-Gastgeber der Fußball-WM, in

diesem Sommer besser meiden sollte. Aber »fern« und »sicher« ist hier gar nichts. Drogenkartelle sind weltweite Unternehmen, das von Oseguera operiert in vierzig Ländern, handelt mit Kokain und Fentanyl, schmuggelt Migranten, erpresst Schutzgeld, stiehlt Treibstoff, investiert in Immobilien. In Teilen Mexikos ist es faktisch der Staat.

Lange hielt man organisierte Kriminalität für einen bedauerlichen, aber beherrschbaren Nebeneffekt der Globalisierung. Dieser Illusion kann sich angesichts der Bilder aus Mexiko niemand mehr hingeben. Auch nicht in Europa, wo gerade eine Kokainschwemme Straßen, Clubs und Partys flutet, Dealer inzwischen wie ein Onlinelieferservice operieren und Experten schon länger davor warnen, dass internationale kriminelle Netzwerke auch EU-Staaten destabilisieren könnten.

Dabei gibt es sinnvolle Strategien. Eine bessere Vernetzung europäischer Polizeibehörden hilft weit mehr als der Ruf nach härteren Gefängnisstrafen für Dealer. Eine zivilgesellschaftliche Kampagne nach dem Motto »Jede Prise Koks in deiner Nase ist eine Spende an Massenmörder« ist genauso wichtig wie Polizeixperten, die verschlüsselte Messenger-Dienste knacken können. Mehr Mittel für die transnationale Bekämpfung illegaler Geldflüsse ist besser investiertes Steuergeld als die Hochrüstung immer neuer paramilitärischer Einheiten zur Jagd auf Bosse.

Womit wir wieder bei Claudia Sheinbaum wären, der Staatspräsidentin. Ihr Problem ist ja nicht nur die Gewalt der Kartelle, es sind auch deren korrupte Komplizen in der Justiz, Polizei und Politik – bis hinein in ihre eigene Partei. Den Staat wieder aus den Fängen der organisierten Kriminalität zu befreien, ist ein Projekt für Jahrzehnte. Eines, das nur gelingen kann mit einem Nachbarn, der mitzieht. Also mit einem US-Präsidenten, der mit einer gut finanzierten Gesundheitspolitik die Nachfrage nach Kokain und Fentanyl eindämmt und der den Verkauf von Waffen einschränkt. Denn der größte Teil der aus Mexiko geschmuggelten Drogen wird in der USA konsumiert. Und einen großen Teil ihrer Arsenale lassen die Drogenbosse ganz legal in texanischen Waffenläden kaufen.

Nichts ist fern.

Beide Leitartikel finden Sie zum Hören unter www.zeit.de/vorgelesen



Darf's etwas mehr sein?

Ob wir abnehmen oder nicht – darüber bestimmt auch unser Umfeld

Wissen, S. 30

Zweieinhalb Stunden Gaza

Eindrücke aus dem Kriegsgebiet

Politik, S. 4



Wer bauen will, der kann!

Von Konrad Adenauer lässt sich lernen, wie es geht

Dossier, S. 11

PROMINENT IGNORIERT



Leserpost

Zur Meldung, dass zwei Millionen Deutsche noch nie online waren, erreichte uns folgende Zuschrift: »Liebe ZEIT, Bekannte schwärmen von diesem neuartigen Internet, das mit vielen Kabeln zu tun hat und interessante Möglichkeiten zu bieten scheint, wie etwa Post im Nu zu verschicken, gewissermaßen »drahtlos« (trotz der Kabel). Wäre das nicht mal einen Artikel wert?« Klar, machen wir! USTO

Kleine Fotos (v. o.): Getty Images; Jan Richter/ Getty Images; Marina Komrakova/Imago

Zeitsverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, 20079 Hamburg
Telefon 040 / 32 80 - 0; E-Mail: DieZeit@zeit.de, Leserbriefe@zeit.de

ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de; ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de

ISBN 978-3-69897-054-6

ABONNENTENSERVICE:
Tel. 040 / 42 23 70 70,
E-Mail: abo@zeit.de

PREISE IM AUSLAND:
DK 99,95/FIN 11,90/E 9,40/
CAN 9,40/F 9,40/NL 8,90/A 7,90/
CH 9,90/I 9,40/GR 9,40/SI 9,40/
B 8,90/P 9,40/L 8,90/H 4,990,00

N° 10

81. JAHRGANG C 7451 C



4 190745 107303

Seit 40 Jahren importiert Victor Owen Schwartz Weine und Spirituosen in die USA. Zusammen mit seiner Tochter Chloé Schwartz führt er das Unternehmen VOS Wine Selections von New York aus, wo wir ihn telefonisch erreichen. Er ist hervorragend gelaut. Seit er am Freitag vor dem Obersten Gericht mit seiner Klage gegen Donald Trump Zölle Erfolg hatte, habe sein Telefon nicht mehr stillgestanden, sagt er.

DIE ZEIT: Mr. Schwartz, wo waren Sie, als Sie gegen den Präsidenten der Vereinigten Staaten gewonnen haben?

Schwartz: Natürlich, aber juristisch war unser Fall stark. Wir hatten zuvor zwei Instanzen gewonnen – einstimmig. Auch Richter, die im republikanischen Präsidenten ernannt worden waren, stimmten uns zu. Das war nie eine parteipolitische Frage. Die Verfassung ist eindeutig: Das Recht, Zölle zu erheben, liegt beim Kongress. Nicht beim Präsidenten. Punkt. Der Präsident hat seine Kompetenzen überschritten.

ZEIT: Offenbar funktioniert das Justizsystem der USA noch.

Schwartz: Das ist tatsächlich eines der wichtigsten Ergebnisse. Jeder ist darauf angewiesen, die ganze Welt ist darauf angewiesen, dass die Vereinigten Staaten ein Rechtsstaat sind. Das ist etwas, worauf wir stolz sind, ein zentraler Bestandteil unseres Selbstverständnisses: dass das Recht gilt, dass niemand über dem Gesetz steht. Wir haben keinen König und keinen Diktator. Wenn jemand klare Regeln ignoriert, muss das korrigiert werden.

ZEIT: Sie importieren mit Ihrem Unternehmen Wein vor allem aus Europa in die USA. Wie stark waren Sie von den Zöllen betroffen?

Schwartz: Zwischen Mai und Dezember haben wir ungefähr 150.000 Dollar für die Zölle gezahlt. Für dieses Jahr wäre die Summe noch höher ausgefallen. Woher soll ein kleines Unternehmen wie unseres

»Ich will mein Geld zurück. Jeden Cent«

Der New Yorker Victor Owen Schwartz klagte gegen Trumps Zölle und hat gewonnen. Wie konnte ausgerechnet ein kleiner Weinimporteur dem US-Präsidenten so gefährlich werden?



Victor Owen Schwartz betreibt einen Weinhandel mit 20 Angestellten

dieses Geld nehmen? Ich muss die Zölle sofort zahlen, sobald der Wein in die USA eintrifft, noch bevor ich eine einzige Flasche verkauft habe. Wir sind rund 20 Mitarbeiter. Also haben wir unser Lager reduziert – um 20 bis 25 Prozent. Wir haben Lieferanten gestrichen, mit denen wir jahrelang gearbeitet hatten. Wir haben uns bewusst verkleinert, um liquide zu bleiben. Das war eine existenzielle Bedrohung. Zu 100 Prozent.

ZEIT: Haben Sie die Kosten an die Kunden weitergegeben?

Schwartz: Teilweise, aber nicht vollständig. Wir hatten nicht nur die Zölle, sondern auch einen schwachen Dollar. Für europäische Weine bedeutete das insgesamt rund 30 Prozent höhere Kosten. 15 Prozent davon mussten wir an den Staat zahlen. Unsere Nettomarge liegt aber bei fünf bis zehn Prozent. Die Belastung allein durch die Zölle lag also über unseren Gewinnen. Natürlich mussten die Preise steigen – sieben, acht Prozent vielleicht. Aber der Markt ist schwach. Die Weinläden, an die ich meine Ware verkaufe, sagen mir, dass es der schlechteste Januar und Februar aller Zeiten war. Und gleichzeitig hört man aus Washington, die Wirtschaft sei stark. Vielleicht für große Techkonzerne, vielleicht für Nvidia. Aber ich bin nicht im KI-Geschäft. Ich verkaufe Wein.

ZEIT: Sie meinen, der große Abschwung könnte erst noch kommen?

Schwartz: Wir sind wie der Kanarienvogel in der Kohlemine. Kennen Sie die Redewendung in Deutschland? Früher nahmen Bergleute Kanarienvögel mit in die Mine, weil sie vor Gasen warnen, die Menschen nicht riechen können. Die Vögel hören dann auf zu zwitschern. Unsere Branche, der Spirituosenhandel, steht ganz vorn im Bergwerk, wir haben die Zölle als Erste zu spüren bekommen. Wenn es damit so weitergeht, wird die ganze Wirtschaft in die USA viel stärker darunter leiden als bisher.

ZEIT: Wie reagierten Ihre europäischen Lieferanten?

Schwartz: Sie konnten nichts tun. Das sind kleine Winzer, Kooperativen, Familienbetriebe. Keine Luxuskonzerne mit riesigen Margen. Niemand konnte 15 Prozent einfach schlucken. Eine der größten Lügen ist die Behauptung, ausländische Produzenten würden die Zölle zahlen. Das stimmt nicht. Amerikaner zahlen sie. Ich habe sie gezahlt. Meine Kollegen haben sie gezahlt. Wenn die Regierung stolz verkündet, wie viel Geld sie eingenommen hat, dann bedeutet das: Sie hat es aus den Taschen kleiner Unternehmen geholt.

ZEIT: Wie kam es überhaupt dazu, dass Sie sich der Klage gegen die Regierung angeschlossen und sie schließlich sogar angeführt haben?

Schwartz: Durch Zufall. Ein Familienmitglied erwähnte beim Mittagessen, sein früherer Professor

Ilya Somin arbeite an einer Klage gegen die Zölle. Ich wollte ihm nur berichten, was dramatisch die Lage in unserer Branche war. Ein paar Tage später fragte man mich, ob ich mich anschließen wolle – und zwar als Hauptkläger. Da wurde mir klar, die Sache ist ernst. Viele rieten mir ab. Aber ich hatte das Gefühl, jemand musste sich wehren. Wir waren alle enttäuscht von den großen Unternehmen im Land, die in der Sache nichts unternommen hatten. Wo waren die Tech-Milliardäre? Wo war Jeff Bezos? Wo Mark Zuckerberg? Sie sind eingeknickt vor Trump. Niemand stellte sich offen gegen die Zölle und den Präsidenten. Ich dachte: Wenn sie es nicht tun, dann eben ich.

ZEIT: Hatten Sie Angst vor Repressalien?

Schwartz: Natürlich. Wir sind eine stark regulierte Branche. Man hätte es uns schwer machen können. Ich dachte mir: Im schlimmsten Fall müssen wir das Geschäft aufgeben. Ich war wirklich bereit, alles zu verlieren. Dann hätten meine Tochter und ich ein neues Unternehmen gründen müssen. Ich mache das seit fast 40 Jahren. Aber es war zu wichtig, um still zu bleiben. Es gab hässliche E-Mails, Drohungen. Sehr unangenehme Dinge. Aber von offizieller Seite kam nichts. Das wäre auch politisch sehr unklug gewesen.

ZEIT: Erwarten Sie eine Rückerstattung der Zölle, die Sie gezahlt haben?

Schwartz: Alle müssen ihr Geld zurückbekommen. Auch ich will mein Geld zurück. Jeden Cent. Die Erhebung der Zölle war illegal. Technisch ist das unkompliziert. Jede Einfuhr hat einen elektronischen Code. Die Zölle wurden automatisch von unserem Konto abgebucht. Genauso kann man sie zurückbeweisen. Das ist keine bürokratische Unmöglichkeit. Ob und wie das politisch umgesetzt wird, muss man sehen. Aber das muss der Kongress entscheiden, nicht der Präsident.

ZEIT: Was ist für Sie die wichtigste Erkenntnis aus diesem Prozess?

Schwartz: Sehr viele Menschen haben darauf geglaubt, dass jemand widerspricht. Ich habe Tausende Nachrichten bekommen – von Demokraten, Republikanern, Unabhängigen, von Europäern. Es ging nie nur um Wein. Es ging um das Prinzip, dass Macht begrenzt sein muss.

ZEIT: Mr. Schwartz, über eines haben wir nicht gesprochen: Was ist Ihr Lieblingswein?

Schwartz: Das ist wie mit den eigenen Kindern. Man kann nicht nur eines lieb haben. Aber das südliche Rhône-Tal liegt mir am Herzen. Dort hat alles begonnen. Ich bin 1987 nach Südkalifornien gegangen, in die Nähe von Avignon, um alles über Wein zu lernen. Dann kam ich zurück nach New York und fragte mich: Ist mein Gaumen gut genug? Können die Leute meine Entscheidungen vertrauen? Offenbar konnten sie es.

Das Gespräch führte Zacharias Zacharakis

Überholt uns China? Fortsetzung von S. 17

len, Elektroautos inklusive der zugänglichen Batterien. Und bei Graphen, extrem dünnen Kohlenstoffschichten, die außergewöhnlich reißfest sind und eine hohe elektrische wie auch thermische Leitfähigkeit haben. Sie könnten langfristig Materialien, Sensoren und Hochleistungselektronik revolutionieren.

In der Forschung ist der Vorsprung noch ein-drucksvoller. In 66 von 74 Technologiefeldern seien Chinesen die eifrigsten Wissenschaftler, ermittelte der unabhängige Thinktank Australian Strategic Policy Institute. Darunter Cloud-Computing, Kernenergie, synthetische Biologie und Kleinstelliten.

Das nächste Kapitel der Strategie ist schon geschrieben und soll den Aufstieg Chinas fortsetzen: der 15. Fünfjahresplan, das den Regime bald vorstellen wird. Das Aufholen gegenüber dem Westen ist darin kaum noch Thema, jetzt geht es um das Überholen. Bei Technologien, aber auch in der Produktionsqualität. Das Thema Elektromobilität gilt dabei schon als abgehakt.

Wie schnell die Chinesen bei der Fahrzeugentwicklung sind, erlebte BMW im Sommer 2025. Da präsentierte der chinesische Konzern Xiaomi, der lange nur Handys und Haushaltsgeräte hergestell-

te, ein Auto namens YU7. Ein schnitziger, schneller und kostengünstiger Elektro-SUV. Auch hier sind der Tacho und die anderen Anzeigen in die Windschutzscheibe gewandert, ganz wie beim Schwuidi. In München waren sie davon gar nicht angetan, schließlich stecken etliche Patente in ihrer Idee.

«Xiaomi hat technologisch schnell aufgeholt», sagt Freyer, «das zeigt, was für eine kurze Halbwertszeit selbst wahnsinnig aufwendige Entwicklungen mittlerweile haben.» Überrascht stellen sie fest, dass einer ihrer chinesischen Lieferanten auch für die Konkurrenz arbeitete. Doch einen Rechtsstreit hat BMW nicht begonnen, sie trugen es mit Stolz. Nur die besten werden kopiert. Und außerdem sei deren System «noch nicht so perfekt wie unser», sagt Freyer. Bei Sonnenschein etwa sei das BMW-Display überlegen. Jetzt arbeiten die Münchner daran, es weiter zu perfektionieren – und daran, dass der Computer fast vollständig das Steuer übernehmen.

Wie man im Wettbewerb mit China bestehen kann? Mit rasend schneller Innovation, lautet noch immer die beste Antwort.

Andere westliche Hersteller verteidigen sich aggressiver. Sie sammeln Beweise, wie China seine

Firmen unfair bevorzugt und subventioniert, nehmen sich Anwälte und beantragen bei der EU-Kommission ein Anti-Dumping-Verfahren gegen die Konkurrenten. Dutzende solcher Verfahren gibt es inzwischen, vor wenigen Tagen erst hat Brüssel entschieden, dass chinesische Hersteller von nahezu Hochdruckstahlflaschen künftig Strafzölle von bis zu 90 Prozent bezahlen müssen, um den fairen Wettbewerb wiederherzustellen. Doch solche Prozesse sind langwierig und teuer.

Deshalb erwägt die EU-Kommission nun, einen weitreichenderen Schutz zu schaffen: Buy-Euro-pean-Vorgaben, die vorschreiben, dass bei staatlichen Aufträgen europäische Firmen bevorzugt werden. Kritiker sagen: Das würde dem Prinzip der freien Märkte widersprechen, der Grundlage unseres wirtschaftlichen Wohlstands. So heftig wird darüber gestritten, dass Brüssel die Veröffentlichung der Pläne erst mal verschoben hat.

Jungheintich-Chef Lars Brzoska setzt auf einen eigenen Weg. Er will so viele seiner Kunden wie möglich halten und bietet ihnen nun alles an: allerbeste deutsche Produkte und gute chinesische. Bei seiner Reise nach Hangzhou vor zwei Jahren

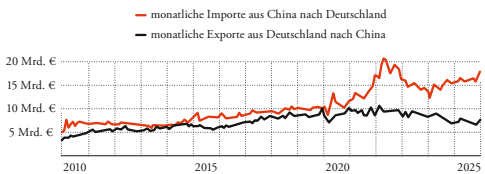
traf er sich mit einem der größten Konkurrenten, dem Chef des Herstellers EP Equipment. Sie verstanden sich – und verabredeten, dass Brzoska jetzt auch chinesische Gabelstapler in Deutschland verkauft. Sie sind nicht gelb lackiert, wie die eigenen Premium-Produkte, die für viele Kunden unübertrefflich leistungsstark sind. Sondern lilafarbig, tragen den Markennamen «AntOn by Jungheintich» und wurden sicherheitsüblicher von den eigenen Mitarbeitern geprüft.

Der Verkauf der chinesischen Ware laufe prima, sagt der Hamburger Manager, «wir haben unsere Ziele im ersten Jahr übertroffen». Jetzt spricht er mit dem Chef von EP darüber, sogar gemeinsam neue Produkte zu entwickeln und herzustellen. Das Sprichwort sei eben wahr: «If you can't beat them, join them.» Wenn du sie nicht besiegen kannst, schließe dich ihnen an.

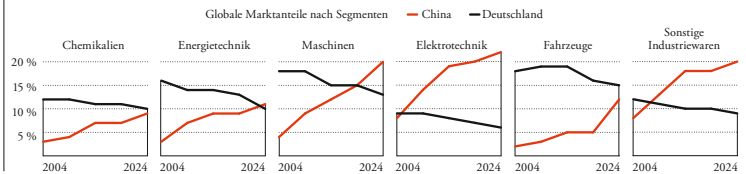
Die lilafarbe Epoche von Jungheintich, sie hat gerade erst begonnen.

www.zeit.de/vorgelesen

China gewinnt in Deutschland



... und in der Welt



ZEIT-GRAPHIK/Quelle: Destatis, Rhodium, UNCTAD